

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 ppbn d



Inhalt

Manfred Schmidt MdB, Vorsitzender der bayerischen Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion, kommentiert die Tandler-Beschimpfung der Bonner Staatsanwaltschaft: Angriff auf den Rechtsstaat.

Seite 1

Fritz Sänger widerspricht der Behauptung von Verteidigungsminister Wörner, ein Atomwaffeneinsatz aus Versehen sei nicht denkbar: Wenn Bomben vom Himmel fallen...

Seite 2

Günter Verheugen MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, setzt sich mit Beobachtern auseinander, die der SPD eine Abkehr von der NATO vorwerfen: Es geht um die Reform des Bündnisses.

Seite 4

Dr. Dietrich Sperling MdB befaßt sich mit Rationalisierungsvorhaben im Bankgewerbe, die die Vernichtung von Arbeitsplätzen bewirken: Der Mensch und sein Geld.

Seite 6

38. Jahrgang / 232

5. Dezember 1983

Angriff auf den Rechtsstaat

Die jüngsten Tandler-Äußerungen machen den CSU-Generalsekretär für jedes öffentliche Amt untragbar

Von Manfred Schmidt MdB

Vorsitzender der bayerischen Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion

Wer Staatsanwälte, die pflichtgemäß auch gegen einen Minister ermitteln und aufgrund der Ermittlungen Anklage erheben, mit Terroristen und Mördern vergleicht, der greift an die Wurzeln unseres Rechtsstaates. Bei Tandler, der wegen seiner grobschlächtigen und maßlosen Wortwahl bekannt ist, lohnt es sich nicht, über Stilfragen zu reden. Er hat nämlich keinen. Wenn der frühere bayerische Innenminister und amtierende CSU-Generalsekretär aber in dieser Form über ein rechtsstaatliches Verfahren redet, um die Organe der Strafrechtspflege einzuschüchtern und in der Öffentlichkeit das Vertrauen in die Justiz zu untergraben, dann ist dieser Mann eine Gefahr für den Rechtsstaat.

Da Herr Tandler das Sprachrohr für die CSU, und häufiger auch für Franz Josef Strauß ist, muß sich ein zu diesen Äußerungen schweigender Strauß diese anrechnen lassen. Ich fordere daher Franz Josef Strauß auf, sich unmißverständlich von diesen ungeheuren Vorwürfen zu distanzieren. Nachdem gerade Tandler mit seiner Forderung, Strauß müsse nach Bonn, einer der ersten war, die zum Malali auf Lambsdorff und seinen Stahl geblasen haben, kann man davon ausgehen, daß Tandler damit rechnet, Lambsdorff sei nicht mehr zu halten. Die "Schuld" möge man aber bitte nicht bei der CSU, sondern bei den "Terroristen" der Staatsanwaltschaft suchen. Wie Herr Tandler bewerkstelligen will, seine Hände in Unschuld zu waschen, könnte uns gleichgültig sein, aber gegen diese Form muß jeder, der sich dem Rechtsstaat verpflichtet fühlt, aufs Schärfste protestieren. Nach diesen Äußerungen ist Herr Tandler für jedes öffentliche Amt untragbar geworden.

(-/5.12.1983/ks/rs)

+ + +

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 8 12-1

Printed in Germany
Printed by K. H. Müller
Köln



Bomben fielen vom Himmel...

Die Behauptung Wörners, es könne keinen Raketeneinsatz aus Versehen geben,
ist nicht haltbar

Von Fritz Säger

Gehört nur Mut dazu, Behauptungen über die Sicherheit der neuen Waffen aufzustellen, die jetzt in der Bundesrepublik Deutschland stationiert werden? Muß da nicht mit aller Sorgfalt persönliche Verantwortung des zuständigen Ressortministers vorgeschaltet werden? Der Bundesminister für Verteidigung, Manfred Wörner, hat am 22. November 1983 in der 36. Sitzung des Deutschen Bundestages (siehe Plenarprotokoll 1/36, Seite 2462 bis 2468) mit besonderem Engagement die ausreichende Sicherheit der neuen Waffen behauptet und verteidigt: "Ich habe mir das in den Vereinigten Staaten selbst angesehen", sagte er schließlich. Man braucht ihm das nicht zu bestreiten.

Was aber heißt es: "angesehen"? Will der verantwortliche Minister mit einer solchen Aussage die Bürger in der Bundesrepublik beruhigen, gar überzeugen, daß die nun lagernden Bomben, wenn sie einmal unter die Flugzeuge gehängt werden und über europäische Länder fliegen, wirklich "bombensicher" sind, daß sie nur dann ihre schreckliche Aufgabe der Zerstörung von Leben und Gut erfüllen, wenn der Mensch die Bombe auslöst, die Rakete scharf macht?

Sachverständige Zeitgenossen sind anderer Meinung. Dafür gibt es Berichte und Informationen, die seit Jahren veröffentlicht sind. Aus einem Interview zitieren wir:

"Als Ergebnis der Luftalarm-Bereitschaft fielen mehr Bomben als je vom Himmel auf die USA.An eines erinnere ich mich genau, als ich bei RAND war, am 24. Januar 1961. Eine B-52 stürzte in der Nähe ihres Heimatstützpunktes, Seymour Johnson Air Force Base, ganz in der Nähe von Goldsboro in North Carolina ab. Im Verlaufe des Absturzes verlor sie aus der Luft eine ihrer H-Bomben, eine 24-Megatonnen-Waffe. Sie hatte sechs unabhängige Sicherheitsvorkehrungen, um zu verhindern, daß sie zufällig explodierte. Diese Vorkehrungen sollen es so unwahrscheinlich machen, daß sie losgeht, wie es unwahrscheinlich ist, daß man in der Stadt von einem Meteor getroffen wird, falls Sie schon einmal von diesem Vergleich gehört haben. Fünf der sechs versagten im Verlaufe des Falles und des Absturzes. So schützte eine Sicherheitsvorkehrung sie vor einer möglichen vollen thermonuklearen Explosion. Falls sie losgegangen wäre, würde sie mehr Explosionskraft freigesetzt haben, als alle Kriege der menschlichen Geschichte - in dieser einen Bombe."

Diesen Bericht gab Dr. Daniel Ellsberg in einem Interview 1980. Es ist veröffentlicht in "Conservation Press, Berkeley/California" und Dr. Ellsberg, der es autorisierte, gilt als ein besonders kundiger Experte. Er war in vier Amtszeiten vom Präsidenten der Vereinigten Staaten als Sicherheitsanalytiker vor allem auf den Gebieten der atomaren Kriegsplanung und Kriegsführung tätig und verfaßte 1961 einen Leitfaden für den jährlichen Operationsplan über strategische Kriegsführung auf höchstem Niveau. Ellsberg wurde durch eine Reihe von erregenden Interviews bekannt und war in den letzten Monaten auch in der Bundesrepublik, wo er die Friedensdemonstrationen beobachtete, dann unterstützte.



In dem gleichen Interview ist wenig später zu lesen:

"Aber die H-Bombe, die versehentlich nahe Goldsboro herunterfiel, und die nur von einer Sicherheitsvorkehrung am Losgehen gehindert wurde, hatte die Explosionskraft von 24 Millionen Tonnen TNT. Das bedeutet drei Vietnams in einer Bombe. Oder zwölf zweite Weltkriege in einer Bombe. In den 60er Jahren trug eine B-52 normalerweise zwei oder vier davon, und B-52er haben alle vier zu verschiedenen Zeiten fallen lassen - in Palomares in Spanien oder dann wieder in Thule in Grönland fielen alle vier Bomben herunter - andere Male eine oder zwei. Anders gesagt ließen wir in den 60er Jahren mehr Bomben versehentlich auf die USA aus amerikanischen Flugzeugen fallen als die Russen auf ihren ICBM's 1961 hatten."

Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß seit jenen 60er Jahren auch für das Sicherheitswesen Fortschritte erzielt und verwendet wurden. Genügt aber diese Annahme, um von einer realen Gewißheit so überzeugt, so engagiert sprechen zu können, wie es der deutsche Bundesminister für Verteidigung in Wahrnehmung seiner Kompetenzen und Interessen am 22. November 1983 vor der deutschen und der Weltöffentlichkeit getan hat?

Der Bundesminister hat auch Zahlen über aus Europa abgezogene atomare Waffen genannt, über Sprengköpfe, die entfernt wurden und meinte, dies beweise den Willen der amerikanischen Regierung, Abrüstung zu verwirklichen. Dazu gibt es genau entgegengesetzte Informationen. Wer nicht mit äußerster Sorgfalt argumentiert, bleibt nicht glaubwürdig. Vor allem in Sachen Rüstung darf keine Aussage hingenommen werden, ohne sie kritisch zu untersuchen. Politische Glaubwürdigkeit kann nicht genügen, wenn es sich darum handelt, Millionen Menschen vor einem grausamen Tod zu bewahren.

(-/5.12.1983/ks/rs)

+ + +



Es geht um die Reform des Bündnisses

Eine Klarstellung gegenüber Beobachtern, die der SPD eine
Abkehr von der NATO vorwerfen

Von Günter Verheugen MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Schon im Vorfeld der großen Friedensdemonstration vom 10. Oktober 81 in Bonn waren in der Friedensbewegung und in Teilen der Publizistik Töne zu hören, die in die Diskussion über Frieden und Sicherheit eine gefährliche Tendenz gebracht haben: Die Verbindung des moralisch begründeten und rational erklärbaren Zweifels am Sinn der Abschreckungsdoktrinen mit nationalen Fragestellungen oder - noch gefährlicher - dem unterschweligen Appell an nationale Emotionen.

In der Tat ist die Versuchung groß, Fragen der nationalen Souveränität, der nationalen Entscheidungsfreiheit und des nationalen Interesses so in die Debatte einzuführen, daß als Antwort unweigerlich eine Abkehr von den Basisentscheidungen unserer Außen- und Sicherheitspolitik herauskommen muß. Ausländische Beobachter, speziell in Frankreich, aber auch in den USA, machen es sich wohl zu leicht, wenn sie die nationalen Untertöne in der aktuellen Diskussion als Wiedererstehen des deutschen Irrationalismus deuten. Es geht nicht um die blaue Blume der Romantik, sondern es geht um die richtige Lehre aus der deutschen Geschichte.

Der SPD wird von außen vorgeworfen, auch sie hantiere mit der explosiven Mischung aus Strategiediskussion und nationaler Emotion. Der Sinn solcher Vorwürfe ist klar: Indem man die Frage ins Grundsätzliche wendet (Brauchen wir das Bündnis?), entzieht man sich der Diskussion über das, was gemeint ist (Welche Politik soll das Bündnis betreiben?). Die gewollte selektive Wahrnehmung von Beschlüssen und Erklärungen führt dazu, daß die klaren Aussagen der SPD zur Landesverteidigung und zur Notwendigkeit des Bündnisses einfach unterschlagen werden.

Die SPD will und muß die sicherheitspolitische Diskussion weiterführen. Da sie gegenüber der Friedensbewegung jedenfalls dialogfähiger ist als die Koalition, fällt ihr ein wesentlicher Teil der schweren Aufgabe zu, den nationalen Konsens über die Grundlagen unserer Sicherheit wiederherzustellen. In diesem Dialog dürfen die Eckwerte nicht verwischt werden. Die SPD will das Bündnis, und sie will es politisch vitaler machen. Die militärischen Aspekte sind im Zusammenwirken der Reagan-Administration und der Kohl/Genscher/Wörner-Linie so sehr in den Vordergrund getreten, daß vom doppelten



Charakter der NATO als einem Verteidigungs- und einem Entspannungsinstrument kaum noch etwas sichtbar ist. Die nationalen Argumentationslinien, die ja sehr eindrucksvoll vorgetragen werden können, sind nicht allein damit zu widerlegen, daß man eine nationale Sicherheitspolitik im Fall der Bundesrepublik schon aus Gründen ihrer geographischen Lage für unmöglich erklärt. Nötig ist vielmehr eine glaubwürdige und konsensfähige Politik des Bündnisses selbst.

Der Verlauf der Genfer Mittelstreckenwaffen-Verhandlungen hat enthüllt, wie kontraproduktiv eine Politik wird, die nur noch militärischen Doktrinen folgt. Eine neue Verhandlungsrunde und die Neubelebung der verschiedenen anderen Abrüstungsgespräche verlangt einen anderen Ansatz. Mit dem Modell der Sicherheitspartnerschaft, oder einem Konzept gemeinsamer Sicherheit hat die SPD einen möglichen Weg gezeigt. Abrüstungsgespräche werden solange keinen Erfolg haben, wie ihnen nicht eine Politik vorangeht, die Vertrauen bildet, Konflikursachen abbaut und Zusammenarbeit stabilisiert. Carl-Friedrich von Weizsäcker hat das Problem auf eine einleuchtende Formel gebracht, wenn er sagt, daß der Frieden nicht der Abrüstung, sondern daß die Abrüstung dem Frieden folgen wird. Es ist bedrückend zu sehen, wie wenig Sensibilität die jetzige Bundesregierung für all diese Fragen zeigt. Ihr außenpolitisches Versagen ist es, daß die Forderung nach einer radikalen Alternative zur Politik der Sicherheit in einem Bündnis überhaupt erst möglich macht.

Von ferne fühlt man sich an den alten Streit zwischen Atlantikern und Gaullisten erinnert, ein Streit, in dem viele schon mehrfach die Fronten gewechselt haben. Das Nachdenken über eine europäische Sicherheitspolitik, wie es auch in der SPD geschieht, ist jedoch keine europäische Überhöhung eines ansonsten vulgären Nationalismus. Auch dieses Nachdenken will ja einen Prozeß innerhalb des Bündnisses zustandebringen und das Bündnis nicht sprengen.

Die atlantische Partnerschaft glaubwürdig zu erhalten, ist wohl eine Aufgabe, die sich auf beiden Seiten des Atlantik stellt. Eine Allianz, die sich nur noch auf neue Raketen stützen kann, ist so wenig hinnehmbar wie eine Regierung, die sich auf die Macht der Bajonette stützt. Wer einem deutschen oder europäischen Nationalismus keine Chance geben will, der muß die Reform des Bündnisses und seiner Politik betreiben.

(-/5.12.1983/ks/rs)

+ + +



Der Mensch und sein Geld

Die Banken auf dem Weg zum "kundenfreien" Service

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Viele Tageszeitungen haben gelegentlich Beilagen. Beilagen, die aus Anzeigen finanziert werden und sich redaktionell mit dem beschäftigen, was in den Anzeigen angepriesen wird. Dies macht es den Redakteuren nicht einfach. Viele solcher Beilagenartikel spiegeln die Verklemmung in der sich der Redakteur befindet wider, der Text zu den Anzeigen links und rechts schreiben muß.

Zu studieren war dies eindrucksvoll in der Beilage einer überregionalen Tageszeitung, die die Zukunft der Datenverarbeitung beschrieb. In einem Artikel über die Rationalisierung des Bankwesens durch Elektronik waren sehr feinfühlig Sätze zu lesen: "All dies läuft darauf hinaus, daß der Kunde immer seltener seine leibhaftigen Bankangestellten zu Gesicht bekommen wird." Dies ist eine gelungene Umschreibung für Personalabbau bei der Bank. Der Kunde wird getröstet: "Dennoch befürchten die Bankiers keine 'Entpersönlichung des Bankservices'. Auch in Zukunft werden Banken und Sparkassen den Menschen im Mittelpunkt ihrer Arbeit sehen."

Gut zu wissen, daß die Banken immer den Menschen (die Frage ist natürlich: welchen gerade) im Auge haben und nicht das schöne Geld - ein interessanter Erklärungsansatz übrigens für andere Formen des Umganges von Banken mit dem Geld anderer Leute.

Es kommt aber noch besser: "Einige Bankiers behaupten sogar, der vollautomatische Zahlungsverkehr beseitige endlich die Entfremdung zwischen dem Menschen und seinem Geld. Früher einmal - so wird gesagt - stand nichts zwischen dem Menschen und seinem Geld." Auch nicht so ein fremder Bankangestellter. Deshalb nochmal: "Bei den neuen kartengesteuerten Systemen hingegen steht nichts zwischen dem Menschen und seinem Geld."

So einfach ist das mit der neuen Technik: Anwenden, und schon ist die Entfremdung zwischen Mensch und Geld beseitigt, vorausgesetzt der Mensch hat welches und genug davon. (Andernfalls ergeben sich möglicherweise Probleme). Die Möglichkeiten der Technik jedoch sind groß und unermesslich. Wer hindert die Technik an ihrer Entfaltung: Der Mensch. Wir hören die abschließende Mahnung: "Die Grenzen der Entwicklung werden letztlich vom Kunden selbst gesetzt, mit seiner Bereitschaft zur Akzeptanz technischer Neuerungen."

Die Zukunft ist klar: Banken brauchen weniger Arbeitnehmer, dafür mehr Kunden von hoher Akzeptanz. Es sei denn, jemand erfindet die kundenfreie, chipgesteuerte Bank. Dann steht überhaupt niemand mehr zwischen der Bank und dem Geld. Nicht einmal mehr ein Mensch.
(-/5.12.1983/ks/rs)

+ + +

